

Grundsatzklärung über die Menschenrechtsstrategie der DB InfraGO AG

VORWORT DES VORSTANDS

Die DB InfraGO AG ist die gemeinwohlorientierte Eisenbahninfrastrukturgesellschaft der Deutsche Bahn AG, die zum 01.01.2024 aus den zwei Infrastruktureinheiten DB Netz AG und DB Station&Service AG - zu einer neuen, gemeinwohlorientierten Infrastruktursparte zusammengelgt wurde. Mit über 60.000 Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern ist sie für das knapp 33.300 Kilometer lange Streckennetz inklusive aller betriebsnotwendigen Anlagen und 5.400 Bahnhöfen



Dr. Philipp Nagl, Vorsitzender des Vorstands, DB InfraGO AG

verantwortlich. Mit rund 900 Tausend Quadratmetern Mietfläche zählt sie zu Deutschlands größten Gewerbevermietenden. Pro Tag fahren auf der Infrastruktur im Schnitt 50.000 Züge. So konnte die DB Netz AG im Jahr 2022 einen Umsatzerlös von 6,6 Milliarden Euro und DB Station &Service AG einen Umsatzerlös von 1.4 Milliarden Euro erwirtschaften. Um das Wachstum des Schienenverkehrs zu bewältigen, wird die DB ihre Infrastruktur stärken und weiter an Qualität und Kundenservice arbeiten. Der DB-Vorstand hat mit der „Agenda für eine bessere Bahn“ begonnen, zusätzliche Kapazitäten zu schaffen, Qualität und Pünktlichkeit zu erhöhen und die Zufriedenheit unserer Kundinnen und Kunden zu verbessern. Mit der neuen Dachstrategie „Starke Schiene“ wird der Rahmen gesetzt, der deutlich macht, wofür der DB-Konzern steht und welche Richtung verfolgt wird. Mit der Strategie werden die zentralen verkehrs- und klimapolitischen Ziele der Bundesregierung in Angriff genommen. Die Welt hat sich in jüngster Zeit mit Herausforderungen wie der Corona-Pandemie, den Konflikten in der Ukraine und in Nahost, den wach-

senden sozialen sowie umweltbezogenen Krisen konfrontiert gesehen. Diese Veränderungen verdeutlichen die Notwendigkeit, in unsicheren Zeiten klare und unverhandelbare Werte zu vertreten. Diese Werte bilden das Fundament, auf dem die DB InfraGO AG steht. Sie geben uns Orientierung, stärken unsere tägliche Arbeit für unsere Kundinnen/Kunden und Geschäftspartnerinnen/Geschäftspartnern und bilden die Grundlage für die Zusammenarbeit aller unserer Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter. Gleichzeitig dienen sie uns als Leitprinzipien für unsere Bemühungen im Bereich der Menschenrechte und der Umweltverantwortung.

Nachhaltigkeit ist für uns als Deutsche Bahn ein zentraler Grundsatz unseres unternehmerischen Handelns und fest in unserer Konzernstrategie Starke Schiene verankert. Wir verfolgen dabei einen ganzheitlichen Ansatz, der sowohl die ökologische, die soziale als auch die wirtschaftliche Dimension von Nachhaltigkeit umfasst.

Wir wissen, dass unternehmerische Verantwortung über wirtschaftliche Kennzahlen hinausgeht. Die Deutsche Bahn hat sich als Mitglied des United Nations Global Compact (UNGC) zur Einhaltung der Prinzipien des UNGC verpflichtet und bekennt sich klar zur Allgemeinen Erklärung der Menschenrechte der Vereinten Nationen. Das heißt für uns, Haltung zu zeigen und uns für Menschenrechte sowie hohe Umwelt- und Sozialstandards einzusetzen. Dies steht auch im Einklang mit dem klaren Bekenntnis des Konzernvorstandes zur sozialen Verantwortung. Als international agierendes Mobilitäts- und Logistikunternehmen sind wir uns zudem unserer großen Verantwortung innerhalb der Lieferketten bewusst. Daher ist es uns wichtig, eine verantwortungsvolle und nachhaltige Wertschöpfung entlang unserer Lieferkette sicherzustellen - in Deutschland, aber auch in allen anderen Ländern, in denen wir tätig sind. So erwarten wir auch von unseren Zulieferern und sonstigen Geschäftspartnerinnen und Geschäftspartnern einen respektvollen Umgang mit Mensch und Umwelt als Grundlage für eine zuverlässige Zusammenarbeit. Für uns sind wirtschaftlicher Erfolg und gesellschaftlich verantwortliches Handeln kein Widerspruch, sondern bedingen einander. Dies ist uns auch in der Zusammenarbeit mit unseren Geschäftspartnerinnen und Geschäftspartnern wichtig.

Mit der Einführung des Lieferkettensorgfaltspflichtengesetzes zum 1. Januar 2023 hat die deutsche Regierung einen bedeutenden Schritt hin zu einem einheitlichen Standard für den Schutz von Menschenrechten und Umwelt gemacht. Als DB InfraGO AG begrüßen wir nachdrücklich die politische Verpflichtung zur Ausdehnung dieses Schutzes auf die globalen Lieferketten deutscher Unternehmen. Diese politische Entscheidung sendet die richtige Botschaft: Der Schutz von Menschenrechten und der Umwelt muss in sämtlichen unternehmerischen Entscheidungen berücksichtigt werden. Das neue Lieferkettensorgfaltspflichtengesetz bestärkt uns in unserem langjährigen Engagement für nachhaltige und verantwortungs-volle Unternehmensführung.

Unsere konzernweite Nachhaltigkeitsstrategie und unser Ziel, bis 2040 klimaneutral zu werden, verdeutlichen ebenfalls unser langfristiges Engagement für die Verbesserung der Lebensbedingungen von Menschen und Umwelt.

Im Rahmen des Lieferkettensorgfaltspflichtengesetzes erfüllen wir unsere Pflicht, unsere Strategie im Bereich der Einhaltung der Menschenrechte und der Berücksichtigung weiterer Dimensionen der Nachhaltigkeit transparent und öffentlich zugänglich darzulegen. Diese Grundsatz-erklärung dient uns, unseren Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern und unseren Geschäftspartnerinnen und Geschäftspartnern als Leitfaden für unsere Geschäftstätigkeiten und zeigt unsere Bemühungen zur Einhaltung unserer Verpflichtungen im Bereich der menschenrechtlichen und ökologischen Gesamtverantwortung.

Vorstand der DB InfraGO AG

Dr. Philipp Nagl - Vorstandsvorsitzender

Jens Bergmann - Vorstand Finanzen und Controlling

Ingrid Felipe - Vorständin Infrastrukturplanung und -projekte

Dr. Christian Gruß - Vorstand Betrieb, Fahrplan, Vertrieb und Kapazitätsmanagement

Heike Junge-Latz - Vorständin Anlagen- und Instandhaltungsmanagement

Heinz Siegmund - Vorstand Personal

Ralf Thieme - Vorstand Personenbahnhöfe

Inhalt

I.	Einleitung	5
II.	Unser Bekenntnis zu nachhaltiger und verantwortungsvoller Unternehmensführung	6
III.	Unsere Maßnahmen zur Umsetzung unserer Sorgfaltspflichten	7
1.	Umfassendes Risikomanagement	7
2.	Präventions- und Abhilfemaßnahmen	8
3.	Beschwerdeverfahren	9
4.	Berichterstattung und Dokumentation	10
5.	Verantwortlichkeiten	10
IV.	Unsere prioritären menschenrechtlichen und umweltbezogenen Themen	11
1.	Risiken im eigenen Geschäftsbereich der DB Netz AG	11
2.	Risiken im Zuliefererbereich der DB Netz AG	12
3.	Risiken im eigenen Geschäftsbereich der DB Station&Service AG	12
4.	Risiken im Zuliefererbereich der DB Station&Service AG	13
V.	Unsere Erwartungen an unsere Mitarbeitenden und Geschäftspartner:innen	13
VI.	Kontinuierliche Weiterentwicklung unserer Sorgfaltsprozesse	14

I. Einleitung

Die Infrastruktur der Deutschen Bahn ist das Rückgrat für einen attraktiven Schienenverkehr. Ein modernes, leistungsfähiges Netz mit attraktiven Bahnhöfen und komfortablen Netzzugängen für den Güterverkehr ist für unser Land, unseren Wohlstand und für den Klimaschutz wichtige Voraussetzung. Dabei ist der Auftrag von der Politik klar definiert: Die Verdopplung der Verkehrsleistung im Personenverkehr, der Ausbau des Marktanteils im Schienengüterverkehr von 19 auf 25 Prozent und die Umsetzung des Deutschlandtakts. Von einer leistungsfähigen Eisenbahninfrastruktur profitieren somit Menschen, Wirtschaft und Umwelt – in Deutschland und Europa. Damit die Verkehrswende erreicht und der Betrieb wieder pünktlicher und verlässlicher wird, müssen wir weitere Kapazitäten schaffen, um die Sanierung der bestehenden Infrastruktur zu bewältigen.

Für diese große Aufgabe haben wir uns neu aufgestellt: Seit dem 1. Januar 2024 steuern wir die Eisenbahninfrastruktur in Deutschland aus einer Hand. Die DB Netz AG und die DB Station&Service AG wurde zu einer neuen Infrastrukturgesellschaft zusammengeführt, der DB InfraGO AG. Das GO im Unternehmensnamen steht für „gemeinwohlorientiert“ – dies ist der klare Auftrag unserer neuen Gesellschaft. Gemeinwohlorientiert bedeutet für uns, dass wir Bewirtschaftung und Ausbau der Infrastruktur konsequent an den Bedürfnissen von Bürger:innen, Wirtschaft und Klimaschutz ausrichten.

Der Geschäftsbereich „Fahrweg“ (ehemals DB Netz AG) verantwortet als Schieneninfrastrukturunternehmen der Deutschen Bahn mit über 46.000 Mitarbeitenden das rund 33.000 Kilometer lange Streckennetz. Damit stehen wir an der Spitze der europäischen Eisenbahninfrastrukturbetreiber für den Personen- und Güterverkehr. Als innovatives und zukunftsorientiertes Unternehmen schaffen wir die Voraussetzungen für eine sichere, umweltfreundliche und nachhaltige Mobilität und bilden das Rückgrat des Schienenverkehrs in Deutschland.

Der Geschäftsbereich „Personenbahnhöfe“ (ehemals DB Station&Service AG) betreibt deutschlandweit rund 5.400 Bahnhöfe und ist damit eine der führenden Bahnhofsbetreiberinnen Europas. Mit etwa 7.300 Mitarbeiter:innen in ganz Deutschland und rund 5.400 Bahnhöfen verantworten wir die kommerzielle Nutzung in etwa 700 Empfangsgebäuden. Insgesamt entspricht die Länge unserer Bahnsteige 1.900 Kilometern und mit unseren rund 900.000 Quadratmetern Mietfläche zählen wir zu Deutschlands größten Gewerbevermieter:innen. Pro Tag halten mehr als 400.000 Züge von über 120 Eisenbahnverkehrsunternehmen an unseren Bahnhöfen und Verkehrsstationen und wir begrüßen täglich ca. 21 Millionen Reisende und Besucher:innen. Die DB InfraGO AG ist sich ihrer großen sozialen und ökologischen Verantwortung bewusst. Unser Ziel ist es, entlang unserer Lieferkette eine verantwortungsvolle und nachhaltige Wertschöpfung zu gewährleisten.

Mit der Verabschiedung des Lieferkettensorgfaltspflichtengesetzes (LkSG)¹ hat der deutsche Gesetzgeber hierfür die Rahmenbedingungen geschaffen. Im Bewusstsein der entscheidenden Rolle von Unternehmen bei der Förderung von Menschenrechten, Umweltschutz und Nachhaltigkeit in globalen Lieferketten sind Unternehmen ab einer bestimmten Größe nun auch gesetzlich verpflichtet, in ihren Lieferketten menschenrechtliche und umweltbezogene Sorgfaltspflichten in angemessener Weise umzusetzen und ein verantwortliches Management ihrer Lieferketten zu etablieren. Ziel ist es, den Schutz der Menschenrechte und der Umwelt entlang der Lieferketten zu verbessern, die soziale und unternehmerische Verantwortung zu stärken und Durchsetzungspotenziale in Lieferketten zu schaffen.

In dieser Grundsatzklärung bringen wir unsere Selbstverpflichtung und unser Engagement zur Achtung der Menschenrechte und der umweltbezogenen Pflichten zum Ausdruck:

- Wir bekennen uns zu einer **nachhaltigen und verantwortungsvollen Unternehmensführung**.

¹ Lieferkettensorgfaltspflichtengesetz vom 16. Juli 2021 (BGBl. I S. 2959).
GRUNDSATZERKLÄRUNG ÜBER DIE MENSCHENRECHTSSTRATEGIE DER DB INFRAGO AG

- Wir beschreiben die **Verfahren**, mit denen wir unsere Sorgfaltspflichten nach dem LkSG umsetzen.²
- Wir gehen auf die im Rahmen unserer Geschäftstätigkeit besonders relevanten **menschenrechtlichen und umweltbezogenen Themen** ein, die wir aufgrund unserer Risikoanalyse als prioritär identifiziert haben.
- Wir legen die **Erwartungen** fest, die wir an uns sowie an unsere Zulieferer und sonstige Geschäftspartner:innen anlegen, um die Erfüllung menschenrechtlicher und umweltbezogener Pflichten sicherzustellen.

Innerhalb der DB AG sind neben der DB InfraGO AG (ehemals die Aktiengesellschaften DB Netz AG und DB Station&Service AG) weitere Gesellschaften nach dem LkSG verpflichtet, darunter auch die 100%ige Tochtergesellschaft der DB InfraGO AG, die DB Fahrwegdienste GmbH. Während die Grundsatzerklärung der DB AG die konzernweite Menschenrechtsstrategie vorgibt und ein übergreifendes Risikoprofil des gesamten DB-Konzerns zeichnet, unterscheiden sich die Grundsatzklärungen der DB InfraGO AG und der DB Fahrwegdienste GmbH insbesondere darin, dass sie die konkrete Risikolage der jeweiligen Gesellschaft darstellen.

II. Unser Bekenntnis zu nachhaltiger und verantwortungsvoller Unternehmensführung

Unser unternehmerisches Handeln ist dem Gebot der Nachhaltigkeit verpflichtet. Nachhaltigkeit ist ein zentraler Bestandteil unserer DB InfraGO AG Unternehmensstrategie. Um eine nachhaltige und verantwortungsvolle Wertschöpfung im eigenen Geschäftsbereich sowie entlang unserer Lieferkette zu verwirklichen, verpflichten wir uns im Rahmen unserer Geschäftstätigkeit zur Einhaltung und Förderung international anerkannter Menschenrechte, zur Achtung von Arbeitsstandards sowie zum Schutz der Umwelt. Darüber hinaus streben wir an, durch unser Handeln einen positiven Beitrag zum Schutz und zur Förderung der Menschen- und Umweltrechte zu leisten.

Bei der Ausübung unserer Geschäftstätigkeit befolgen wir das geltende Recht. So werden wir auch die Einhaltung des LkSG sicherstellen. Unsere unternehmerischen Aktivitäten beruhen insbesondere auf den folgenden international anerkannten Menschen- und Umweltrechtsstandards:

- der **Internationalen Menschenrechtscharta**, bestehend aus der Allgemeinen Erklärung der Menschenrechte der Vereinten Nationen (AEMR) sowie dem Zivilpakt (ICCPR) und dem Sozialpakt (ICESCR),
- den **UN-Leitprinzipien für Wirtschaft und Menschenrechte** (UN Guiding Principles on Business and Human Rights, UNGP),
- den **Kernarbeitsnormen der Internationalen Arbeitsorganisation** (ILO) über grundlegende Rechte und Pflichten bei der Arbeit,
- den zehn Prinzipien des **UN Global Compact** (UNGC),
- den **Leitsätzen für multinationale Unternehmen** der Organisation für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung (OECD).

² Beschreibung des Verfahrens, mit dem wir unseren Pflichten nach § 4 Absatz 1, § 5 Absatz 1, § 6 Absatz 3 bis 5, sowie den §§ 7 bis 10 LkSG nachkommen.

Wir verfolgen eine ganzheitliche Nachhaltigkeitsstrategie. Diese fußt auf den beiden Säulen Grüne Transformation und soziale Verantwortung. Um unserer ökologischen Verantwortung gerecht zu werden, verfolgen wir über die Einhaltung des geltenden Umweltrechts hinaus einen vorsorgenden Ansatz zum Schutz der Umwelt und treiben die Grüne Transformation der Deutschen Bahn in den vier umweltbezogenen Handlungsfeldern Klimaschutz, Naturschutz, Ressourcenschutz und Lärmschutz voran. Im Rahmen der sozialen Verantwortung bilden vier Haltungen die Grundlage für unser Handeln: die Verantwortung für ein gutes Miteinander, das Engagement für unsere Gesellschaft, die Stärkung von Vielfalt sowie unsere historische Verantwortung. So wollen wir dazu beitragen, auch zukünftigen Generationen einen lebenswerten Planeten zu hinterlassen.

III. Unsere Maßnahmen zur Umsetzung unserer Sorgfaltspflichten

Um unsere menschenrechtlichen und umweltbezogenen Sorgfaltspflichten noch effektiver wahrzunehmen, richten wir unsere Geschäftstätigkeiten an den Anforderungen des LkSG aus. Wir richten ein angemessenes und wirksames Risikomanagement ein, um gezielte Maßnahmen zur Erfüllung unserer Sorgfaltspflichten umzusetzen. Dabei verstehen wir den Umgang mit menschenrechtlichen und umweltbezogenen Risiken als einen Prozess, den wir schrittweise in unseren betrieblichen Strukturen verankern und kontinuierlich verbessern.

1. Umfassendes Risikomanagement

Das Herzstück unseres Risikomanagements ist eine systematische und zielgerichtete Risikoanalyse, bei der wir die potenziellen und tatsächlichen Risiken unseres unternehmerischen Handelns für Mensch und Umwelt ermitteln und bewerten. Im Rahmen unserer jährlichen Risikoanalyse betrachten wir sowohl für unseren eigenen Geschäftsbereich als auch für unsere unmittelbaren Zulieferer insbesondere die folgenden Risikofelder:

- Verstoß gegen das Verbot von **Kinderarbeit**
- Verstoß gegen das Verbot von **Zwangsarbeit** und aller Formen der **Sklaverei**
- Missachtung von **Arbeitsschutz** und **arbeitsbedingten Gesundheitsgefahren**
- Missachtung der **Koalitionsfreiheit**, **Vereinigungsfreiheit** und des **Rechts auf Kollektivhandlungen**
- Verstoß gegen das Verbot der **Ungleichbehandlung in Beschäftigung**
- Verstoß gegen das Verbot des Vorenthaltens eines **angemessenen Lohns**
- Zerstörung der natürlichen Lebensgrundlage durch **Umweltverunreinigungen**
- Widerrechtliche Verletzung von **Landrechten**
- Verstoß gegen das Verbot der Beauftragung oder Nutzung privater/öffentlicher **Sicherheitskräfte**, wenn durch diese aufgrund mangelnder Unterweisung oder Kontrolle Menschenrechte beeinträchtigt werden
- Verbotene/r Herstellung, Einsatz und/oder Entsorgung von **Quecksilber** (Minamata-Übereinkommen)
- Verbotene Produktion und Verwendung von Stoffen im Anwendungsbereich des Stockholmer Übereinkommens über persistente organische Schadstoffe (engl. *persistent organic pollutants*, **POP**) sowie nicht umweltgerechter Umgang mit POP-haltigen Abfällen
- Verbotene Ein-/Ausfuhr **gefährlicher Abfälle** im Sinne des Basler Übereinkommens

Unsere jährliche Risikoanalyse ist zweistufig aufgebaut und beginnt mit einer **abstrakten Risikoanalyse** im Hinblick auf die vorgenannten Risikofelder. Bei der Ermittlung eines abstrakten Risikowerts (sog. Bruttonisiko) berücksichtigen wir eine Vielzahl an Faktoren. Für unseren eigenen Geschäftsbereich und unsere unmittelbaren Zulieferer nehmen wir je Risikofeld eine Länder- und Branchenzuordnung vor. Um abstrakte Risikoprofile von Ländern und Branchen zu erstellen, nutzen wir öffentlich zugängliche länder- und branchenspezifische Informationen und Indizes. Bei der Ermittlung eines Risikowerts beziehen wir außerdem die Schwere eines

möglichen Risikoverstoßes ein. Das so ermittelte Bruttoisiko wird anschließend im Hinblick auf die Länder- und Branchenzuordnung plausibilisiert, um auch geschäftsspezifische Risiken wie z. B. grenzüberschreitende Geschäftstätigkeiten mitberücksichtigen zu können.

Besonders dann, wenn unsere abstrakte Risikoanalyse erhöhte Bruttoisiken aufzeigt, unterziehen wir anschließend Tochtergesellschaften und Zulieferer einer eingehenderen Untersuchung, die als **konkrete Risikoanalyse** bezeichnet wird. Das Ziel der konkreten Risikoanalyse besteht darin, die tatsächlichen Risiken für Verletzungen von Menschen- und Umweltrechten in unserem eigenen Geschäftsbereich und innerhalb unserer Lieferkette genau zu identifizieren (sog. Nettorisiken). Um zu bestimmen, welche Gesellschaften und Zulieferer genauer betrachtet werden, verwenden wir einen risikobasierten und relevanzorientierten Ansatz.

Bestehende Risiken können durch angemessene Präventionsmaßnahmen minimiert werden. Um tatsächlich bestehende Risiken (sog. Nettorisiken) zu ermitteln und bereits implementierte risikominimierende Maßnahmen zu identifizieren, nutzen wir Fragebögen, die unsere Gesellschaften und Zulieferer beantworten oder berücksichtigen anerkannte Nachhaltigkeitsbewertungen. Auf diese Weise sind wir in der Lage, (potenziell) fehlende Maßnahmen zur Risikoreduktion zu identifizieren und die Umsetzung (weiterer) effektiver Maßnahmen zur Risikoreduktion zu veranlassen.

Liegen tatsächliche Anhaltspunkte, wie besondere Ereignisse, Hinweise oder Berichte vor, die auf mögliche Risiken oder Verletzungen von menschenrechts- oder umweltbezogenen Pflichten in unserem eigenen Geschäftsbereich oder unserer Lieferkette hindeuten, führen wir zusätzlich **anlassbezogene Risikoanalysen** durch. Dies ist beispielsweise der Fall, wenn wir substantiierte Kenntnis von möglichen Verletzungen einer menschenrechtsbezogenen oder umweltbezogenen Pflicht bei unseren (un-)mittelbaren Zulieferern erlangen. Ebenso ist eine anlassbezogene Risikoanalyse angezeigt, wenn wir – etwa durch die Einführung neuer Produkte oder den Eintritt in neue Märkte – mit einer wesentlich veränderten oder wesentlich erweiterten Risikolage rechnen müssen.

Wir nutzen die aus den regelmäßigen und anlassbezogenen Risikoanalysen gewonnenen Erkenntnisse, um strategische Entscheidungen wie Markteintritte und -austritte, die Beteiligung an bestimmten Vorhaben oder die Verankerung geeigneter Präventions- und Abhilfemaßnahmen zu unterstützen. Wir streben an, die Vorgehensweise unserer Risikoanalyse kontinuierlich zu verbessern, indem wir unsere Datengrundlage stetig erweitern und die Erkenntnisse, die wir aus der Erfüllung unserer Sorgfaltspflichten und durch unser Beschwerdeverfahren gewinnen, fortlaufend in den Risikomanagementprozess einfließen lassen.

2. Präventions- und Abhilfemaßnahmen

Stellen wir relevante Risiken fest, ergreifen wir geeignete Präventionsmaßnahmen. Hierbei verfolgen wir ebenfalls einen risikobasierten Ansatz und konzentrieren uns zunächst auf die Bereiche, in denen wir die höchsten menschenrechtlichen und umweltbezogenen Risiken identifiziert haben. Ziel der Präventionsmaßnahmen ist es, einer etwaigen Verletzung einer menschenrechts- oder umweltbezogenen Pflicht vorzubeugen, indem wir die Risiken minimieren, die durch unsere Geschäftstätigkeit verursacht werden oder zu denen wir beitragen.

Wir ergreifen vielfältige Maßnahmen, die darauf abzielen, die Risiken für Menschen und die Umwelt zu verringern. Dies umfasst sowohl die Weiterentwicklung bestehender als auch die Etablierung neuer Maßnahmen.³

³ Ein Überblick über bereits im DB-Konzern bestehende Maßnahmen findet sich im [Integrierten Bericht](#).
GRUNDSATZERKLÄRUNG ÜBER DIE MENSCHENRECHTSSTRATEGIE DER DB INFRAGO AG

Hervorzuheben sind insbesondere die folgenden durch uns bzw. die Konzernleitung ergriffenen und geplanten Präventionsmaßnahmen:

- Veröffentlichung dieser Grundsatzerklärung
- Festlegung klarer Verantwortlichkeiten, insbesondere Benennung eines LkSG-Beauftragten zur Überwachung unseres Risikomanagements
- Umsetzung und Weiterentwicklung unserer Verhaltenskodizes (CoC intern und CoC für Geschäftspartner:innen), insbesondere vor dem Hintergrund der Anforderungen des LkSG
- Risikobasierte Berücksichtigung von menschen- und umweltrechtlichen Anforderungen in unseren Beschaffungsstrategien und Einkaufspraktiken
- Berücksichtigung menschen- und umweltrechtlicher Anforderungen bei der Auswahl neuer Zulieferer (z. B. durch anerkannte Nachhaltigkeitsbewertungen) sowie die vertragliche Zusage menschen- und umweltrechtlicher Anforderungen
- Anpassung der Allgemeinen Geschäftsbedingungen für die Beschaffung sowie der Bietervereinbarung an die Anforderungen des LkSG
- Weiterentwicklung unserer Vertragsklauseln (z. B. zu Auditrechten)
- Durchführung regelmäßiger sowie anlassbezogener risikobasierter Kontrollmaßnahmen
- Risikobasierte Erarbeitung von konkreten Maßnahmenplänen (Corrective Action Plans)
- Risikobasierte Weiterbildung und Sensibilisierung von Mitarbeitenden und Geschäftspartner:innen durch regelmäßige Informationen und Schulungen zu LkSG-relevanten Themen sowie kontinuierliche (Weiter-)Entwicklung von Informations- und Schulungskonzepten
- Austausch und Engagement in Brancheninitiativen (z. B. econsense, Railsponsible)
- Konzipieren und Durchführen von Wirksamkeitsprüfungen

Wir bemühen uns, die potenziell von unseren Geschäftstätigkeiten Betroffenen mit ihren vielfältigen Interessen angemessen in die Entwicklung und Umsetzung von Maßnahmen zur Erfüllung unserer Sorgfaltspflichten einzubeziehen, um die Wirksamkeit unserer Sorgfaltsmaßnahmen sicherzustellen.

Stellen wir die Verletzung einer menschenrechts- oder umweltbezogenen Pflicht fest oder steht sie unmittelbar bevor, ergreifen wir unverzüglich angemessene Abhilfemaßnahmen. Diese zielen darauf ab, Verletzungen zu verhindern, zu beenden oder das Ausmaß der Verletzung zu minimieren. Auch hierfür nutzen und erweitern wir unseren Katalog von möglichen Präventions- und Abhilfemaßnahmen.

Bei der konkreten Umsetzung von Präventions- und Abhilfemaßnahmen legen wir Wert auf einen kooperativen Umgang mit unseren Geschäftspartner:innen. Insbesondere bei schwerwiegenden Verstößen behalten wir uns aber das Recht vor, angemessene Sanktionen gegen die:den jeweilige:n Geschäftspartner:in zu verhängen oder – als letztes Mittel – einen Vertrag oder eine gesamte Geschäftsbeziehung zu beenden.

3. Beschwerdeverfahren

Ein weiterer wesentlicher Bestandteil unserer Sorgfaltsprozesse ist die Bereithaltung eines **angemessenen und wirksamen Beschwerdeverfahrens**. Hierüber können Meldungen auf menschenrechtliche und umweltbezogene Risiken sowie Verletzungen menschenrechts- oder umweltbezogener Pflichten gemeldet werden, unabhängig davon, ob sie in der Lieferkette oder unserem eigenen Geschäftsbereich entstanden sind.

Neben der postalischen Kontaktmöglichkeit steht das elektronische Hinweissystem „Business Keeper Monitoring System“ (BKMS) als Beschwerdekanal zur Verfügung, welches wir entsprechend der Anforderungen des LkSG erweitert haben. Das System kann in 22 Sprachen genutzt werden. Dabei ist der Schutz der hinweisgebenden Personen vor Benachteiligung oder Bestrafung aufgrund von abgegebenen Meldungen ein wichtiger Bestandteil unseres Beschwerdeverfahrens. Alle Meldungen werden streng vertraulich und – auf Wunsch – anonym behandelt.

Wir prüfen alle Meldungen, die im Zusammenhang mit dem LkSG eingehen, um festzustellen, ob der gemeldete Sachverhalt auf ein menschenrechtliches oder umweltbezogenes Risiko oder eine Verletzung von menschenrechts- oder umweltbezogenen Pflichten hindeutet. Ist dies der Fall, wird die Meldung an die hierfür zuständige Stelle übergeben. Sofern sich ein Anfangsverdacht bestätigt, werden erforderliche Maßnahmen zur Minimierung oder Beendigung von Risiken bzw. Verstößen ergriffen. Alle Meldungen werden von ausgewählten und speziell geschulten Mitarbeitenden bearbeitet. Durch die Implementierung unseres Beschwerdeverfahrens haben wir die Möglichkeit, von uns bislang unbekanntem Risiken oder Pflichtverletzungen zu erfahren. Damit trägt das Beschwerdeverfahren neben der Risikoanalyse entscheidend dazu bei, dass wir unser Risikomanagement kontinuierlich verbessern und fortentwickeln können. Die Wirksamkeit unseres Beschwerdeverfahrens prüfen wir einmal im Jahr sowie anlassbezogen. Die Verfahrensordnung unseres Beschwerdeverfahrens ist öffentlich zugänglich.

4. Berichterstattung und Dokumentation

Neben unseren bereits bestehenden umfassenden Berichtsaktivitäten, insbesondere der integrierten Berichterstattung, berichten wir ab dem Jahr 2024 gegenüber dem Bundesamt für Wirtschaft und Ausfuhrkontrolle (BAFA) jährlich über die Erfüllung unserer menschenrechtlichen und umweltbezogenen Sorgfaltspflichten im vergangenen Geschäftsjahr. Den Bericht veröffentlichen wir spätestens vier Monate nach dem Schluss des Geschäftsjahrs auf unserer Internetseite, wo er für sieben Jahre öffentlich zugänglich ist. Unsere Verfahren zur Erfüllung der gesetzlichen Sorgfaltspflichten werden zudem fortlaufend dokumentiert. Die Dokumentation bewahren wir – beginnend ab dem Zeitpunkt ihrer Erstellung – ebenfalls sieben Jahre lang auf.

5. Verantwortlichkeiten

Die Wahrung der Menschen- und Umweltrechte im eigenen Geschäftsbereich und entlang der globalen Liefer- und Wertschöpfungsketten ist für den Vorstand der DB InfraGO AG von herausragender Bedeutung. Daher liegt die Gesamtverantwortlichkeit zur effektiven Umsetzung des LkSG auf oberster Führungsebene in der Verantwortung des Vorstands der DB InfraGO AG. Er legt seinerseits klare Verantwortlichkeiten fest, um die effektive Umsetzung und Überwachung des Risikomanagements sicherzustellen.

Zur Überwachung der Umsetzung der gesetzlichen Sorgfaltspflichten in der DB InfraGO AG benennt der Vorstand einen LkSG-Beauftragten. Der Vorstand informiert sich regelmäßig, mindestens einmal jährlich, sowie anlassbezogen über die Arbeit des LkSG-Beauftragten. Dazu gibt der LkSG-Beauftragte insbesondere Auskunft über die wesentlichen Ergebnisse der Risikoanalyse, über ergriffene Präventions- und Abhilfemaßnahmen sowie zu Meldungen aus dem Beschwerdeverfahren. Außerdem berichtet er darüber, ob die im Betriebsablauf verankerten Verfahren und die zur Umsetzung der Sorgfaltspflichten ergriffenen Maßnahmen angemessen und wirksam sind. So wird gewährleistet, dass der Vorstand stets über alle relevanten Informationen verfügt, um seiner Verantwortung gerecht zu werden und fundierte Entscheidungen zu treffen.

Der LkSG-Beauftragte für die DB InfraGO AG ist in die Implementierung und Aktualisierung des Risikomanagementsystems eingebunden und führt risikobasierte Kontrollmaßnahmen für die Geschäftsbereiche Fahrweg (ehemals DB Netz AG) und Personenbahnhöfe (ehemals DB Station&Service AG) sowie dem LkSG verpflichteten Tochterunternehmen DB Fahrwegdienste GmbH durch, um die Einhaltung der menschenrechtlichen und umweltbezogenen Pflichten zu überprüfen. Zu den weiteren Aufgaben des LkSG-Beauftragten zählen u. a. die externe Berichterstattung an das BAFA, das Freigeben der Verfahrensordnung zum Beschwerdeverfahren sowie die Mitwirkung in zentralen Fachgremien der Konzernleitung.

Innerhalb der DB InfraGO AG wird die operative Umsetzung der menschenrechts- und umweltbezogenen Sorgfaltspflichten durch zentral angesiedelte LkSG-Koordinatoren sichergestellt und gesteuert. Es gibt jeweils einen Koordinator für jeden Geschäftsbereich, der wiederum vom verantwortlichen LkSG-Beauftragten überwacht wird. Die relevanten Fachbereiche werden dem LkSG-Koordinator zugewiesen, sind gemeinsam für die praktische Umsetzung der Sorgfaltsprozesse verantwortlich und werden dabei von weiteren Zentralbereichen (HR, Compliance, Arbeitsschutz, Nachhaltigkeit, Konzerneinkauf, usw.) unterstützt. Alle Fachbereiche in den

Geschäftseinheiten Fahrweg, Personenbahnhöfe sowie DB Fahrwegdienste GmbH tragen in ihrer täglichen Arbeit zur effektiven Umsetzung der Sorgfaltspflichten bei.

Um das LkSG im DB-Konzern im Grundsatz einheitlich umzusetzen, nimmt die Konzernleitung der DB AG eine Governance-Funktion gegenüber der DB InfraGO AG bzw. allen verpflichteten DB-Tochtergesellschaften wahr. In der Aufbauphase koordiniert die DB AG die Umsetzung der Sorgfaltspflichten durch ein konzernübergreifendes Projekt, das durch die Konzernleitungsfunktion Nachhaltigkeit und Umwelt verantwortet und in Zusammenarbeit mit den Konzernleitungsfunktionen Compliance, Personalstrategie, Recht und Zentrale Beschaffung gesteuert wird.

IV. Unsere prioritären menschenrechtlichen und umweltbezogenen Themen

Da die Verschmelzung der DB Netz AG und der DB Station&Service AG in die DB InfraGO AG erst zum 01.01.2024 erfolgte, liegen den nachfolgenden Ausführungen die Ergebnisse der im vergangenen Geschäftsjahr durch die DB Netz AG und die DB Station&Service AG jeweils separat durchgeführten Risikoanalysen zugrunde. Die prioritären menschenrechtlichen und umweltbezogenen Themen werden daher in dieser Grundsatzerklärung noch getrennt ausgewiesen.

Wir sind uns bewusst, dass unsere Geschäftsaktivitäten im eigenen Geschäftsbereich und entlang unserer globalen Liefer- und Wertschöpfungsketten potenziell nachhaltige Auswirkungen auf die Menschenrechte und die Umwelt haben können.

Die im Jahr 2023 durchgeführten Risikoanalysen der DB Netz AG und der DB Station&Service AG ergaben zunächst abstrakte Risiken in allen vom LkSG erfassten Risikofeldern. Nach den anschließenden konkreten Risikoanalysen wurde festgestellt, dass die Wahrscheinlichkeit, dass diese Risiken im eigenen Geschäftsbereich tatsächlich eintreten, überwiegend niedrig ist, weil bereits zahlreiche effektive Präventionsmaßnahmen bestehen. Im Zuliefererbereich wurden – trotz bestehender Präventionsmaßnahmen wie etwa unserem Verhaltenskodex für Geschäftspartner – sowohl niedrige als auch mittlere und vereinzelt hohe Risiken festgestellt.

Um unsere Risiken insgesamt (noch) weiter zu reduzieren und präventiv zu handeln, setzen wir zusätzliche Maßnahmen in Bezug auf alle LkSG-Risikofelder um. Zum einen haben wir unseren internen Verhaltenskodex (Grundsätze Konzernethik) und unseren externen Verhaltenskodex für Geschäftspartner um Vorgaben zu allen LkSG relevanten Aspekten erweitert. Unser Fokus liegt allerdings insbesondere auf den aufgrund der Risikoanalyse priorisierten Risiken.

1. Risiken im eigenen Geschäftsbereich der DB Netz AG

Für den **eigenen Geschäftsbereich** der DB Netz AG hat die Risikoanalyse ausschließlich niedrige Risiken ergeben. Dennoch priorisieren wir hier das **Risikofeld Verbot der Ungleichbehandlung in Beschäftigung** (§ 2 Absatz 2 Nr. 7 LkSG).

Die Entscheidung, diesem Risiko Priorität einzuräumen, basiert zum einen darauf, dass uns über unser Beschwerdeverfahren eine Meldung zu dieser Thematik erreicht hat und wir diese bei unserer jährlichen Risikoanalyse berücksichtigen. Zum anderen weist der CSR-Risiko-Check für Deutschland einzig für den Bereich „Arbeitsrechte – Diskriminierung“ ein Risiko aus. Dies veranlasst uns dazu, trotz bereits bestehender Präventionsmaßnahmen wie beispielsweise unserem internen Verhaltenskodex (Konzerngrundsätze Ethik), unserem aktiven Diversity-Management (Konzerninitiative „Einziganders“), unserer konzerninternen Ombudsstelle für das Thema Diskriminierung und der Förderung von Frauen in Führungspositionen einen besonderen Fokus auf diesen Themenbereich zu richten.

Die DB Netz AG hat schriftliche Antidiskriminierungsvorgaben erstellt, die klare Definitionen von Diskriminierung und Belästigung jeglicher Art enthalten. Diese Vorgaben spiegeln unser Engagement des Unternehmens für Null Toleranz gegenüber Diskriminierung wider und die Konsequenzen für Verstöße sind klar geregelt. Die Informationen dazu wurden allen Mitarbeitenden über unsere unternehmensinternen Kommunikationskanäle bekannt gemacht.

Wir prüfen vor diesem Hintergrund kontinuierlich die bestehenden Prozesse mit den jeweiligen Personalabteilungen / Diversity-Managements und den Rechteinhabenden, also unseren

Beschäftigten und ihren Repräsentanten. Ziel ist es, weitere Maßnahmen aufzusetzen und die Wirksamkeit der bestehenden Maßnahmen zu bewerten, um das Risiko weiter zu mindern.

2. Risiken im Zuliefererbereich der DB Netz AG

In der unmittelbaren Lieferkette der DB Netz AG wurde nach Durchführung der jährlichen Risikoanalyse in den folgenden Bereichen am häufigsten ein hohes Risiko festgestellt:

Verbotene Ein-/Ausfuhr gefährlicher Abfälle im Sinne des Basler Übereinkommens (§ 2 Abs. 3 Nr. 6 – 8 LkSG)

Zerstörung der natürlichen Lebensgrundlage durch Umweltverunreinigungen (§ 2 Abs. 2 Nr. 9 LkSG)

Verstoß gegen das Verbot der Ungleichbehandlung in Beschäftigung (§ 2 Abs. 2 Nr. 7 LkSG)

Missachtung der Koalitions-, Vereinigungsfreiheit und Recht auf Kollektivhandlungen, (§ 2 Abs. 2 Nr. 6 LkSG)

Zu sämtlichen vorgenannten Themen enthält unser externer Verhaltenskodex bereits seit vielen Jahren Vorgaben, die durch risikobasierte Abfragen (z. B. über EcoVadis-Ratings) und Audits bei Zulieferern überprüft werden. Unser externer Verhaltenskodex wurde aktualisiert, um alle LkSG-Themen noch besser abzubilden.

Hinsichtlich der konkret festgestellten und prioritären Risiken führen wir sowohl im eigenen Geschäfts- als auch im Zuliefererbereich sensibilisierende Workshops mit den relevanten Entscheidungsträger:innen durch. Auf Grundlage dieser Workshops ergreifen wir dann weitere Maßnahmen, wie beispielsweise die Anpassung unserer Beschaffungspraktiken, die Einführungsaufforderung eines Umweltschutzmanagementsystems oder Sensibilisierungen zu den Rechten von Arbeitnehmervertretungen.

Veränderte prioritäre Risiken aufgrund künftiger oder anlassbezogener Risikoanalysen veröffentlichen wir in der nächsten Aktualisierung der Grundsatzklärung.

3. Risiken im eigenen Geschäftsbereich der DB StationService AG

Für den **eigenen Geschäftsbereich** der DB Station&Service AG hat die Risikoanalyse ausschließlich niedrige Risiken ergeben. Dennoch priorisieren wir hier die folgenden Risikofelder: **Verbot der Ungleichbehandlung in Beschäftigung (§ 2 Absatz 2 Nr. 7 LkSG)**

Die Entscheidung, diesem Risiko Priorität einzuräumen, basiert zum einen darauf, dass uns über unser Beschwerdeverfahren eine Meldung zu dieser Thematik erreicht hat und wir diese bei unserer jährlichen Risikoanalyse berücksichtigen. Zum anderen weist der CSR-Risiko-Check für Deutschland einzig für den Bereich „Arbeitsrechte - Diskriminierung“ ein Risiko aus. Dies veranlasst uns dazu, trotz bereits bestehender Präventionsmaßnahmen wie beispielsweise unserem internen Verhaltenskodex (Konzerngrundsätze Ethik), unserem aktiven Diversity-Management (Konzerninitiative „Einziganders“), unserer konzerninternen Ombudsstelle für das Thema Diskriminierung und der Förderung von Frauen in Führungspositionen einen besonderen Fokus auf diesen Themenbereich zu richten.

Die Station&Service AG hat schriftliche Antidiskriminierungsvorgaben erstellt, die klare Definitionen von Diskriminierung und Belästigung jeglicher Art enthalten. Diese Vorgaben spiegeln unser Engagement des Unternehmens für Null Toleranz gegenüber Diskriminierung wider und die Konsequenzen für Verstöße sind klar geregelt. Die Informationen dazu wurden allen Mitarbeitenden über unsere unternehmensinternen Kommunikationskanäle bekannt gemacht.

Wir gehen kontinuierlich mit den jeweiligen Personalabteilungen / Diversity-Managements in den Austausch, um weitere Maßnahmen aufzusetzen und die Wirksamkeit der bestehenden Maßnahmen zu bewerten, um das Risiko weiter zu mindern.

4. Risiken im Zuliefererbereich der DB Station&Service AG

In der unmittelbaren Lieferkette der DB Station&Service AG wurde nach Durchführung der jährlichen Risikoanalyse in den folgenden Bereichen am häufigsten ein hohes Risiko festgestellt:

Zerstörung der natürlichen Lebensgrundlage durch Umweltverunreinigungen

(§ 2 Abs. 2 Nr. 9 LkSG)

Verbotene Ein-/Ausfuhr gefährlicher Abfälle im Sinne des Basler Übereinkommens

(§ 2 Abs. 3 Nr. 6 – 8 LkSG)

Verstoß gegen das Verbot der Ungleichbehandlung in Beschäftigung

(§ 2 Abs. 2 Nr. 7 LkSG)

Missachtung der Koalitions-, Vereinigungsfreiheit und Recht auf Kollektivhandlungen

(§ 2 Abs. 2 Nr. 6 LkSG)

Zu sämtlichen vorgenannten Themen enthält unser externer Verhaltenskodex bereits seit vielen Jahren Vorgaben, die durch risikobasierte Abfragen (z. B. über EcoVadis Ratings) und Audits bei Zulieferern überprüft werden. Unser externer Verhaltenskodex wurde aktualisiert, um alle LKSG-Themen noch besser abzubilden.

Hinsichtlich der konkret festgestellten und prioritären Risiken führen wir sowohl im eigenen Geschäfts- als auch im Zuliefererbereich sensibilisierende Workshops mit den relevanten Entscheidungsträger:innen durch. Auf Grundlage dieser Workshops ergreifen wir dann weitere Maßnahmen, wie beispielsweise die Anpassung unserer Beschaffungspraktiken, die Einführungsaufforderung eines Umweltschutzmanagementsystems oder Sensibilisierungen zu den Rechten von Arbeitnehmervertretungen.

Veränderte prioritäre Risiken aufgrund künftiger oder anlassbezogener Risikoanalysen veröffentlichen wir in der nächsten Aktualisierung der Grundsaterklärung.

V. Unsere Erwartungen an unsere Mitarbeitenden und Geschäftspartner:innen

Wenn es um die Einhaltung unserer menschenrechtlichen und umweltbezogenen Sorgfaltspflichten geht, haben wir hohe Erwartungen an uns und unsere Geschäftspartner:innen. In Kenntnis der in Abschnitt IV. identifizierten prioritären Risiken und in Bekräftigung des in Abschnitt II. dargelegten Bekenntnisses zu nachhaltiger und verantwortungsvoller Unternehmensführung, haben wir folgende Erwartungen:

Wir haben den Anspruch, unsere Geschäftstätigkeit ethisch und rechtlich einwandfrei auszuüben und an den in dieser Grundsaterklärung aufgeführten Prinzipien auszurichten. Dieser Anspruch ist untrennbar verbunden mit der Art und Weise, wie wir uns in unserer Arbeit verhalten. In unserer Geschäftstätigkeit befolgen wir das geltende Recht und respektieren international anerkannte Menschen- und Umweltrechtsstandards.

Unser Engagement für die Achtung der Menschenrechte und der Umwelt zeigt sich bereits in unserem internen Verhaltenskodex (Konzerngrundsätze Ethik), in dem wir unsere Standards und Erwartungen an unser tägliches Verhalten verbindlich festschreiben. Alle Vorständ:innen, Geschäftsführer:innen, Führungskräfte und Mitarbeitenden weltweit sind den in unserem internen Verhaltenskodex niedergelegten Prinzipien verpflichtet. Den Führungskräften kommt dabei eine besondere Vorbildfunktion zu.

Bei der Umsetzung unserer gesetzlichen Verpflichtungen nach dem LkSG erwarten wir von unseren Mitarbeitenden, dass sie mit ihren täglichen Entscheidungen dazu beitragen, unsere menschenrechtlichen und umweltbezogenen Sorgfaltspflichten bestmöglich zu erfüllen.

Als gemeinwohlorientierte Eisenbahninfrastrukturgesellschaft der Deutsche Bahn AG und internationales Unternehmen sind wir uns bewusst, dass wir eine Verantwortung haben, die über unser eigenes Handeln hinausgeht. Wir stellen daher nicht nur hohe Anforderungen an uns selbst, sondern fordern soziale und ökologische Standards gleichermaßen von unseren Geschäftspartner:innen ein. Wir erwarten, dass diese ihre Geschäftstätigkeit ebenfalls integer ausüben, angemessene Prozesse zur Achtung der Menschen- und Umweltrechte implementieren

und geeignete Maßnahmen ergreifen, um unsere Erwartungen in ihrer Lieferkette bekannt zu machen.

Unsere konkreten Anforderungen und Grundsätze für die Zusammenarbeit mit unseren Geschäftspartner:innen legen wir in unserem DB Verhaltenskodex für Geschäftspartner fest. Zulieferer und weitere Geschäftspartner:innen verpflichten sich, unseren Verhaltenskodex oder gleichwertige Anforderungen einzuhalten.

Um sicherzustellen, dass unsere Zulieferer und Geschäftspartner:innen die gleichen hohen Standards wie wir einhalten und diese Standards entlang ihrer Lieferkette kommunizieren, arbeiten wir eng mit ihnen zusammen. Wir fördern die Transparenz und den Austausch von Informationen, um sicherzustellen, dass sie unsere Erwartungen verstehen und diese erfüllen. Wir erwarten, dass sie ehrlich, verantwortungsbewusst, transparent und fair handeln. Teil unserer Erwartungen ist, dass unsere Zulieferer und Geschäftspartner:innen auf Aufforderung Informationen darüber bereitstellen, wie unsere Grundsätze eingehalten werden. Sollte unser eigenes Verhalten zu einer Situation führen, die es den Zulieferern erschwert, unsere Grundsätze einzuhalten, ermutigen wir unsere Geschäftspartner:innen, uns proaktiv zu informieren, und streben an, gemeinsam geeignete Lösungen zu finden.

VI. Kontinuierliche Weiterentwicklung unserer Sorgfaltsprozesse


Wir sind uns bewusst, dass die Umsetzung der menschenrechtlichen und umweltbezogenen Sorgfaltspflichten ein fortlaufender Prozess ist. Die vorliegende Grundsatzerklärung prüfen wir daher jährlich sowie anlassbezogen und werden sie unverzüglich aktualisieren, sofern wir beispielsweise veränderte oder erweiterte Risiken feststellen.

Weitere Informationen finden Sie auf der Konzernhomepage sowie auf der Unternehmens-Interseite.

Freigabe

Diese Grundsatzerklärung wurde von den Vorständen der DB InfraGO AG genehmigt.

Frankfurt am Main, den 26. Januar 2024



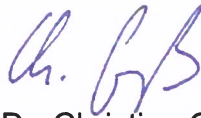
Dr. Philipp Nagl
Vorstandsvorsitzender



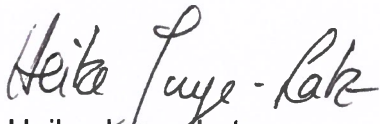
Jens Bergmann
Vorstand Finanzen und Controlling



Ingrid Felipe
Vorständin Infrastrukturplanung
und -projekte



Dr. Christian Größ
Vorstand Betrieb, Fahrplan, Vertrieb
und Kapazitätsmanagement



Heike Junge-Latz
Vorständin Anlagen- und
Instandhaltungsmanagement



Heinz Siegmund
Vorstand Personal



Ralf Thieme
Vorstand Personenbahnhöfe

Friedhelm Simon
LkSG-Beauftragte der DB InfraGO AG